

*Europäer in der Minderheit*

Die Uhr tickt

von Anian Liebrand, Publizist

In etlichen europäischen Städten befinden sich die Einheimischen bereits in der Minderheit. So führte die jahrzehntelang forcierte Politik der unkontrollierten Einwanderung zur offenen Frage, wer hier eigentlich wen zu integrieren hat. Als Folge des millionenfachen Ansturms illegaler Migranten seit 2015 und katastrophaler Fehler der Vergangenheit werden die Parallelstrukturen und «No-Go-Areas» weiter auswuchern – die Lebensart und Charakteristiken der Gastgeberrationen werden sich unumkehrbar verändern.

Mit einem Ausländeranteil von fünfundzwanzig Prozent und einem Anteil von Personen «mit Migrationshintergrund» von bald vierzig Prozent ist die Schweiz von dieser demografischen Entwicklung besonders stark betroffen. Davon ausgehend, dass sich die Bevölkerungsstruktur der Schweiz in einem ähnlichen Ausmass wie von 1990 bis 2017 verändert, werden die Menschen mit Migrationshintergrund in rund dreissig Jahren in der Mehrheit sein (siehe «Schweizerzeit»-Recherche vom Sommer 2018). Die Einwohnergrenze von zehn Millionen dürfte, solange die Migration nicht gedrosselt wird, in etwa zwanzig Jahren erreicht sein.

Alternativlose Masseneinwanderung?

Drei Monate vor den nationalen Wahlen 2019 sei deshalb allen Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes die Frage gestellt: Ist diese Entwicklung alternativlos? Nehmen wir die sich abzeichnende Charakterveränderung der Schweiz achselzuckend hin – Hauptsache, der Kühlschrank ist noch voll und das Bier für den Fernsehabend ist kalt gestellt? Um demografische Entwicklungen zu beeinflussen – zum Beispiel die tiefe Geburtenrate unter Schweizerinnen von 1,5 Kindern pro Frau – wird die Zeitspanne mindestens einer Generation benötigt.

Um die leise Verabschiedung der Schweizer als Mehrheitsgesellschaft noch verhindern zu können, sind also sofort Massnahmen und Strategien zu erarbeiten. Die Entschärfung der demografischen Zeitbombe muss zu einem Schwerpunkt des Legislatur-Programms 2019-2023 erklärt werden. Es bleibt nicht mehr viel Zeit, um die Öffentlichkeit für diese drängenden Fragen zu sensibilisieren, wo doch laut veröffentlichter Meinung zurzeit die Klimahysterie alles zu dominieren scheint.

Gerade deshalb ist der Ausgang dieses Wahlherbstes so entscheidend: Der so nötige Umschwung in Einwanderungsfragen kann nur mit einer gestärkten SVP möglich werden.

Prioritäten setzen

Von allen anderen Parteien – allen voran den Grünen, welche das weltweite Bevölkerungswachstum als Haupttreiber des erhöhten Ressourcenverbrauchs aus ideologischen Gründen leugnen – ist kein Wandel zu erwarten. FDP, CVP, SP und wie sie alle heissen: Sie alle stehen für eine unverantwortliche Einwanderungspolitik, welche unser Land in die heutige Sackgasse geführt hat. Sie haben das Saisonier-Statut beerdigt, uns die schädliche Personenfreizügigkeit eingebracht und eine Asylindustrie entstehen lassen, welche mithilfe einer unterwanderten Justiz zehntausenden illegalen Migranten ein nicht legitimes Bleiberecht erschlichen hat.

Die SVP dagegen hat in all diesen Fragen Widerstand geleistet und die nötigen Kämpfe geführt. Nur plagt sie sich mit laufenden Ressourcenproblemen. EU-Rahmenabkommen, AHV-Loch, Verteidigung des Föderalismus, Ausverkauf der Armee – sie ist an so vielen Fronten gefordert, dass Prioritätensetzungen sie immer wieder zwingen, zentrale Themenfelder unbearbeitet zu lassen. Dazu gehört bislang auch die Umkehr der demografischen Falle und des Bevölkerungsaustauschs. Dies, obwohl es eigentlich kein wichtigeres Themenfeld gibt. Alle anderen politischen Fragen erübrigen sich, wenn die Schweizer in wenigen Jahrzehnten die Minderheit im eigenen Land sind! Für wen werden wir dann eigentlich noch Politik machen?

Veränderte Volksmeinung

Es kommt hinzu, dass sich mit der veränderten Bevölkerungsstruktur auch abzeichnet, dass sich die «Volksmeinungen» Schritt für Schritt verändern. Das hat nicht zuletzt die klare Absage an die Selbstbestimmungsinitiative im November 2018 vor Augen geführt. Die Sensibilität für direktdemokratische Prozesse und tief verwurzelte Abneigung gegen elitäre Strukturen erodieren – als Folge dessen, dass die Bezugspunkte zu unserer Geschichte weniger werden. Wer in Spreitenbach oder Kleinbasel aufwächst und den Staatskunde- oder Geschichtsunterricht in einer Klasse mit nur noch einem Schweizer verfolgt und dazu ständig mit Lehrplan 21-Ideologie berieselt wird und sonst keine Berührung zu dem hat, was die Schweiz zu dem gemacht hat, was sie heute ist – ja, wird so jemand ein Sensorium entwickeln für die Verteidigung des freien Waffenrechts, der Milizarmee, des Föderalismus oder den Vorrang des Schweizer Rechts vor internationalem Recht?

Zwar hat die SVP mit der Begrenzungsinitiative, welche die Personenfreizügigkeit beenden will, ein absolut berechtigtes Volksbegehren im Köcher. Dazu muss aber deutlich gesagt werden: Die Zukunft der Schweiz wird nicht entschieden, indem die jährlichen Zuwanderungszahlen um ein paar tausend gedrosselt werden. Nur eine Strategie, die konsequente Ausschaffung islamistischer, nicht integrierbarer und krimineller Ausländer mit einer restriktiven Einbürgerungspolitik, einem neuen Einwanderungs-

modell und der Förderung einheimischer Familien koppelt, kann einen Wandel bringen. Das Ende der Personenfreizügigkeit, je schneller desto besser, wäre ein richtiges Signal – es reicht aber bei weitem nicht, da es erst künftige Einwanderungsentwicklungen betrifft.

Tabus überwinden

Es muss das Tabu gebrochen werden, auch über das Bleiberecht derjenigen zu sprechen, die zwar schon da sind, aber keinen nützlichen Beitrag zum gesellschaftlichen Fortkommen beitragen, seit Jahren nur Sozialhilfe beziehen, sich nur unter ihresgleichen bewegen oder – leider existent! – sogar darauf hinarbeiten, die europäischen Sitten und Gepflogenheiten abzuschaffen und unsere Art zu leben hassen. In der Schweiz landen rund neunzig Prozent der Asylanten aus Eritrea in der Sozialhilfe. Setzen sie ein Kind in die Welt, gelten sie als «Härtefall» und werden kaum mehr ausgeschafft. Es hängt aber noch so viel mehr damit zusammen: Auch die «Globalisierungs-Extremisten», sprich die Konzernbosse, stehen in der Pflicht, bei der Personalbeschaffung nicht primär das Lohnniveau als oberstes Kriterium zu bestimmen.

Thilo Sarrazin, Prof. Gunnar Heinsohn und weitere haben sehr schlüssig errechnet, dass die Zuwanderung – hauptsächlich aus kulturfremden Kreisen – die europäischen Staaten im Schnitt wesentlich mehr gekostet hat als dass sie dem Allgemeinwohl einen Nutzen gebracht hätte. Ausser vielleicht denjenigen Unternehmen, die zwecks Lohn-dumping und meist kurzfristigem Profitinteresse im grossen Stil «Arbeitskräfte» importierten, die Integrationskosten und Kollateralschäden aber der Allgemeinheit überliessen. Dass mit der illegalen Migration wohlhabender Abenteuer-Migranten aus den Subsahara-Staaten und dem Nahen Osten der vielbeschworene Fachkräftemangel beseitigt werden könne, hat sich längst als Mär erwiesen. Und wenn die Medien laut schreien, es fehlten in der Schweiz über vierzigtausend Handwerker, heisst das in erster Linie, dass so viele Schweizer Kinder zu wenig geboren worden sind und unsere Gesellschaft zu falsche Ausbildungsanreize vermittelt.

Öffentliches Bewusstsein herstellen

Die Mainstream-Medien geben zwar den Tenor durch, die Einwanderungszahlen seien in diesem Jahr stark gesunken und deshalb für viele Bürger derzeit kein Thema. Nach Jahren der Rekordeinwanderung müssen die Zahlen ja auch mal wieder sinken! Und in der Tat ist es ihnen und den Mittelinks-Parteien bis anhin gut gelungen, die Migrations- und EU-Fragen aus den Diskussionen zu verbannen. Lieber sprechen sie über das Klima und verstricken sich in so viele Widersprüche, dass die aufgeweckten und kritischen Bürger unter uns sich manchmal lieber aus den nervtötenden Hysterie-Debatten ausklinken statt sich der Agenda der anderen in den Weg zu stellen.

Der Wohlstand und die (noch) brummende Wirtschaft scheinen das Bewusstsein für die Hypothesen des demografischen Niedergangs und des Bevölkerungsaustauschs bislang weitgehend zu überdecken. Unbestrittenermassen funktioniert das Zusammenleben in der Schweiz zwischen den verschiedenen Kulturen – trotz des exorbitant

hohen Ausländeranteils – im Grossen und Ganzen auch noch relativ gut. Andere Staaten haben mit wesentlich tieferen Anteilen bereits ganz andere Probleme als wir. Wenn ich davor warne, dass die Schweizer wegen tiefer Geburtenrate und massiver Einwanderung durch Migranten ersetzt werden, ist ja auch klar, dass es nicht um die Deutschen, Italiener oder Franzosen geht, die bei uns arbeiten. Wobei auch bei diesen Einwanderungsgruppen die Masse entscheidend ist!

NZZ als «Westfernsehen»?

Wie weit sich die Bevölkerungsstruktur in Europa durch anhaltende Masseneinwanderung schon gewandelt hat, hat die NZZ vor einigen Tagen in einer bemerkenswerten Analyse beschrieben. In deutschen Städten wie Frankfurt am Main, Offenbach, Heilbronn oder Sindelfingen seien Deutsche ohne Migrationshintergrund zwar noch die grösste Gruppe – die absolute Mehrheit stellten sie jedoch nicht mehr dar. Die NZZ hält dazu fest: «In deutschen Grossstädten geht inzwischen die Mehrheitsgesellschaft ihrem Ende entgegen.»

Eine der Hauptaussagen der NZZ-Recherche: Migration werde vor allem durch Sogwirkung begünstigt. Gebiete, die schon eine beträchtliche Anzahl bestimmter Ausländergruppen aufweisen, würden für diese noch attraktiver gemacht. Ein Fakt, der uns längst bekannt ist und erklärt, weshalb die Schweiz zum Beispiel so viele Asylbewerber aus Eritrea anzieht. Die klaren Worte der NZZ veranlassten Hans-Georg Maassen, den aus politischen Gründen abgesetzten Ex-Vorsitzenden des deutschen Verfassungsschutzes, im übrigen, den Beitrag auf Twitter mit «Für mich ist die NZZ so etwas wie Westfernsehen» zu kommentieren.

Schon Fremde im eigenen Land

In der Schweiz ist die Lage noch ausgeprägter. In Spreitenbach, Kreuzlingen, Leysin VD, Randogne VS oder Paradiso TI sind die Schweizer bereits in der Minderheit – dutzende weitere Gemeinden stehen kurz davor, es zu werden. Bei den unter Sechsjährigen haben schon über fünfzig Prozent einen Migrationshintergrund. «Damit wir nicht zu Fremden werden im eigenen Land», lautete in den Neunzigerjahren in einigen Kantonen der SVP-Wahlspruch. Vielerorts sind wir es leider schon geworden.

Anian Liebrand